

Aktuelle Debatte:

Brexit-Strategien und die soziale Frage

Von „Remain and reform“ zu „For the many, not the few“

Zur Lage von Labour in Zeiten des Brexit

Armin Puller

Der Brexit ist für Labour durchaus keine einfache Angelegenheit. Als Theresa May im April Neuwahlen ausrief, um sich gegenüber der Opposition und ihrer Partei ein größeres Mandat für die Verhandlungen mit Brüssel zu verschaffen, schien es, als ob Labour angesichts politischer Ambivalenzen zur EU, innerparteilicher Machtkämpfe und geringer Strahlkraft nach außen eine historische Niederlage erleiden würde. In der medialen Darstellung wird Labour eine große Ambivalenz zum Brexit zugeschrieben. Ein wiederkehrender Vorwurf an die Partei lautet, sie habe sich nicht ausreichend für Europa eingesetzt und im Rahmen des Referendums 2016 eine bestenfalls halbherzige Kampagne geführt, die ihre Wählenden nicht von der EU überzeugen konnte. Labour stelle daher sogar die eigentliche Ursache für den Ausgang des Referendums dar. Altgränden wie Tony Blair und die aktuell von der Parteispitze verdrängte Parteirechte unterstützen dieses Bild nach Kräften. Der Vorwurf mutet seltsam an, wenn man bedenkt, dass sich Labour von Anfang an gegen das Referendum ausgesprochen hat; dass alle offiziellen VertreterInnen der Partei gegen den Brexit eingetreten sind; dass Labours WählerInnenschaft von 2015 (ähnlich wie jene der Liberaldemokraten) zu mehr als 65% der Parteiposition gegen den Brexit gefolgt ist (Yougov 2016); und dass zudem das Referendum von den Tories organisiert wurde, die zeitweise nur mehr schwer von der rechtspopulistischen UKIP zu unterscheiden sind, deren Aufstieg die Konservativen durch inhaltliche Annäherung zu bremsen trachten (wie es bei so vielen konservativen und teilweise auch sozialdemokratischen Parteien in Europa beobachtet werden kann).

Labours zugesprochene Zwiespältigkeit zur EU zeigte in den Wochen nach dem Referendum 2016 auf, wie schwer es ist, in Zeiten einer polarisierten Stimmung mit einer differenzierten Position punkten zu können. Als Lösung für das Referendum gab der Parteivorsitzende Jeremy Corbyn „Remain and reform“ aus und bemühte sich, konkrete Ansatzpunkte zu formulieren, wie die EU in eine sozialdemokratische Richtung verschoben werden könnte. Im Unterschied zu vielen anderen sozialdemokratischen Analysen begrenzte er sich dabei nicht auf die klassischen, mantrahaft vorgetragenen Themen der neuen Ausgestaltung der Institutionen („mehr Bürgernähe“ etc.), sondern politisierte die grundsätzliche Struktur und Ausrichtung des europäischen Wirtschaftsgefüges. Notwendig seien, so Corbyn (2016), eine Abkehr vom Austeritätskurs, neue Formen der Marktregulierung, die Zurückdrängung des Marktes bei der öffentlichen Infrastruktur sowie staatliche Investitionen für Beschäftigung und Konjunkturankurbelung. Ein Austritt aus der EU würde die Möglichkeiten für einen solchen Kurswechsel nicht verbessern, sondern geradezu erschweren, da in den Austrittsbegehren von Seiten der politischen Rechten nichts anderes zum Vorschein kommt als der Wunsch nach einer noch radikaleren Variante neoliberaler Politik als jene, die der EU-Kommission zugeschrieben wird. Bis heute weigert sich Corbyn tapfer, die Bewegungsfreiheit in der EU, die von der Brexit-Kampagne in den Vordergrund gerückt wurde, als zentrales Problem der Union zu diskutieren, und führt bei Aufkommen des Migrationsthemas in erster Linie prekäre sowie illegale

Beschäftigungsformen an, die Arbeitgebern weitere Möglichkeiten für Lohndruck eröffnen. Damit schien er all jene gegen sich aufzubringen, die mit dem Brexit kaum einlösbare und irrationale bis rassistische Hoffnungen auf eine Reduktion der Zahl an MigrantInnen verbinden und sich von den rechtspopulistischen Tories und UKIP vertreten fühlen. Diese Entwicklung war in Labour-Wahlkreisen von 2015 spürbar, denn in deren Mehrzahl hatte 2016 das Brexit-Lager gewonnen (in 169 von 229, d.h. in etwa 70%), und hatte es die Partei schwer, der populistischen Welle entgegenzutreten (wobei sie in einer Nachwahl im Februar diesen Jahres in Stoke-on-Trent Central auch Erfolge verzeichnen konnte). Zugleich empfand die liberale WählerInnenschaft die EU-Kritik Corbyns als Ärgernis und schien sich den Liberaldemokraten anzunähern, die (neben der schottischen SNP, der SDLP und Plaid Cymru) im Parlament geschlossen gegen die Umsetzung des Referendums abgestimmt haben. Labour drohte in den Kalkulationen Mays zwischen diesen beiden Lagern aufgerieben zu werden, ohne Aussicht, das Thema anders als geschwächt zu überstehen. Versuche, das Austrittsprozedere selbst zu politisieren und dem „hard Brexit“ der Konservativen einen „soft Brexit“ entgegenzusetzen, scheiterten lange an innerparteilicher Uneinigkeit über konkrete Fragen, was das hinsichtlich der Zugehörigkeit zum Binnenmarkt und anderer Themen bedeuten soll.¹ Die Fronten verlaufen dabei weniger zwischen den Parteiflügeln als vielmehr quer zu ihnen.

Labours durchaus schwieriges Verhältnis zur EU hat eine lange Geschichte, ebenso wie die Probleme der Sozialdemokratie kein spezifisch britisches Phänomen darstellen. Zugleich sind diese Dinge eng miteinander verwoben und auch dadurch überdeterminiert, dass Labour seit zwei Jahren Schauplatz heftiger innerparteilicher Kämpfe zwischen zwei Lagern ist: einem abgehalfterten blairistischen Lager, das die mehrfach abgewählte „Politik der Mitte“ fortzuführen gedenkt und dem europäischen Integrationsprozess mehr oder weniger unkritisch und begeistert gegenübersteht, und einem durch einen Öffnungsprozess der Partei an die Macht gespülten linken Lager, dessen Führungsfiguren wie Corbyn historisch aus der Gruppe um den legendären linken Abgeordneten Tony Benn hervorgegangen sind, die den Annäherungsprozess an die EU als Ergebnis des Rechtsschwenks der Partei seit Mitte der 1980er Jahre empfunden hat (Seymour 2016). Es ist der Machtkampf zwischen diesen beiden Lagern – der im Parlament verankerten Parteirechten und der unter den Parteimitgliedern dominanten Parteilinken² – über den Kurs der Partei und die Vorsitzfrage, der an Labours Schlagkraft nagte, und der eigentlich hinter der fehlenden Einheit im Umgang mit dem Brexit steht. Die seit langem ungelösten Fragen dieses Konflikts spiegeln zugleich den allgemeinen Zustand der Sozialdemokratie in Europa auf ihrer Suche nach einer neuen tragfähigen Strategie wider.

Schwierige Annäherung an die EU

Bereits als sich ab den frühen 1960er Jahren zentrale ParteivertreterInnen für einen EG-Beitritt aussprachen, waren heftige Flügelkämpfe die Folge. Der damalige Vorsitzende und Premierminister Harold Wilson konnte die Einheit der Partei nur durch Meinungsenthaltung und Versuche der Dethematisierung aufrechterhalten. Als nach Thatchers Wahlsieg 1979 mit Michael Foot ein traditionalistischer Teil der Parteilinken das Ruder übernahm und versuchte, den in den 1970er Jahren verfolgten pragmatischen Kurs der Partei, der in die Wahlniederlage führte, durch eine linkssozialistische Strategie zu korrigieren, zeigten sich die Spannungen zwischen Linken und Rechten in der Partei wesentlich entlang der Frage der EG-Mitgliedschaft. Zwischenzeitlich war das Vereinigte Königreich 1973 unter

konservativer Regierungsführung EG-Mitglied geworden. Die Argumente der Parteilinken gegen die EG bezogen sich nicht nur auf die Beeinträchtigung der ökonomischen Souveränität, sondern bewerteten die EG als undemokratisch, prokapitalistisch und den Zielen der ArbeiterInnenbewegung entgegengesetzt. Für eine alternative ökonomische Strategie sei, so der Schluss in einem Leitantrag des Parteitag nach der Wahl 1979, ein Austritt aus der EG eine notwendige Bedingung. Auf den Parteitagen 1980, 1981 und 1982 wurden Anträge über einen EG-Austritt jeweils mehrheitlich und relativ diskussionslos angenommen und wurde die als allzu proeuropäisch beurteilte Haltung der Labour-Regierungen 1974–76 (Wilson II) und 1976–79 (Callaghan) als Ursache für das Scheitern ihrer Regierungsziele gesehen. Die Parteirechte setzte diesen Argumenten wenig mehr als die fehlende Praktikabilität eines EG-Austritts entgegen. Dennoch nutzten 1981 Teile der Parteirechten auch dieses Thema für eine Spaltung in eine geschwächte linke (Mehrheits-)Partei, die die Wahl 1983 mit hohen Verlusten bestritt (vor allem infolge der innerparteilichen Streitigkeiten und der neuen, dem Falklandkrieg verdankten, Popularität der Konservativen), und eine kleinere rechte Partei (Social Democratic Party), die aufgrund von zunehmender Bedeutungslosigkeit später mit den Liberalen fusionierte und diesen als Liberaldemokraten neues Leben einhauchte.

Nach 1983 kam bei Labour mit Neil Kinnock eine gemäßigtere Fraktion an die Macht, deren politische Perspektive spätestens nach 1987 die europäische Integration als Möglichkeit zur Erfüllung sozialdemokratischer Ziele beinhaltete. Angesichts der Herausforderungen des postfordistischen Kapitalismus und den Prozessen seiner Globalisierung waren sozialdemokratische Parteien in der unangenehmen Lage, dass klassische keynesianische Politiken zunehmend an Wirkkraft verloren und sie dem Aufstieg des Neoliberalismus wenig entgegensetzen konnten. Mit der Verbreiterung von Ansichten wie jenen von Jacques Delors, der sich auch persönlich mit einer entscheidenden Brandrede für den gemeinsamen Binnenmarkt auf dem britischen Gewerkschaftskongress 1988 einbrachte, wurde die EU als Institutionengebilde vorgestellt, das eine makroökonomische Koordination von Ungleichgewichten in Europa und ein eurokeynesianisches Projekt der Sozialdemokratie ermöglichen könnte. Ab 1988 waren sowohl Labour als auch die Gewerkschaften der EG stark verbunden (ganz im Unterschied zu den Konservativen Thatchers) und sahen das Ziel der Partei darin, „to use and adapt Community institutions to promote democratic socialism“ (Labour Party 1988, 180). Der Diskurs über das „soziale Europa“ kam ins Rollen.

Das ‚soziale Europa‘, der ideologische Kitt des Blairismus

Anfang der 1990er Jahre waren nahezu alle sozialdemokratischen Parteien Europas glühende Anhängerinnen der europäischen Integration geworden. Labour brachte die neue Position an zentraler Stelle im Wahlkampf 1992 ein, der allerdings (seit 1979 zum vierten Mal in Folge) in die Opposition führte. Als die Partei 1997 schließlich mit Tony Blair an die Macht kam, brach das Zeitalter der „neuen Sozialdemokratie“ an, die den europäischen Integrationsprozess vertiefte, aber nur wenige Aspekte des „sozialen Europas“ verwirklichte. Statt den globalen Kapitalismus zu bezähmen und den europäischen Wohlfahrtsstaat zu befördern, wurde die Hyperglobalisierungsthese bemüht, die als Aufgabe der Politik nur mehr die Anpassung an die Erfordernisse des Standortwettbewerbs versteht. Sicherlich enthält Delors Vision viele Elemente, die auch heute noch radikal wären, jedoch besteht andererseits zwischen der Politik des „Dritten Wegs“ mit ihrer Fixierung auf

Marktliberalisierung, Finanzialisierung und Arbeitsmarktflexibilisierung und der Agenda des „sozialen Europas“ weniger Widerspruch als man auf den ersten Blick vermuten würde. Liest man etwa die Gründungsdokumente der PES (Party of European Socialists) von 1992ff. nach, fällt auf, dass in den Maßnahmen zur Marktschaffung, Liberalisierung und Flexibilisierung kein Hindernis, sondern geradezu eine Bedingung für Politiken der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit gesehen wird. Um die Kräfteverhältnisse vom Kapital zur Lohnarbeit zu verschieben und Vollbeschäftigung zu erreichen, müsse nämlich zuerst der Binnenmarkt dahingehend entwickelt werden, Impulse für Wachstum und Produktivitätssteigerung zu generieren, und das erfordere zuvorderst eine Stärkung des Marktes gegenüber anderen Prinzipien sozialer Organisation.

Für die sozialdemokratischen Parteien Europas war der Diskurs über das „soziale Europa“ nichtsdestotrotz von immenser Bedeutung: Er ermöglichte es, die bislang in vielen (auch sozialdemokratisch regierten) Ländern Europas spätestens seit den 1980er Jahren auf der nationalen Ebene praktizierte Politik der Arbeitsmarktflexibilisierung, die sich mit den traditionellen Zielen der Sozialdemokratie kaum vereinbaren lies und die soziale Kohäsion beeinträchtigte, mit einer Vision der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit auf der europäischen Ebene in der Zukunft zu verbinden. Die inneren Widersprüche sozialdemokratischer Politik wurden so gelöst, dass Bestrebungen wie die Erzielung von Vollbeschäftigung oder der Ausbau der sozialen Infrastruktur auf die europäische Ebene externalisiert wurden, während man eine Legitimation fand, auf der nationalen Ebene Gegenteiliges zu verwirklichen. Die Analyse, dass in Zeiten der Globalisierung Wachstumsstrategien mit ausschließlich nationaler Orientierung ans Ende gelangen (wie etwa im Falle der 1983 gescheiterten und durch einen Austeritätsskurs ersetzten keynesianischen Strategie von Mitterrand) und es zukünftige Koordination auf höherer Ebene benötige, wurde mit einer prinzipiellen Zustimmung zum neoliberalen Zeitgeist im Hier und Jetzt gekoppelt. Dem Diskurs gelang es dadurch, die Flügelkämpfe in der Partei zu befrieden, insofern zentrale VertreterInnen der Parteilinken (wie etwa damals Stuart Holland) zu einem proeuropäischen Kurs umschwenkten. Dies ist bis heute eine zentrale Funktion des Diskurses über das „soziale Europa“, nicht nur bei Labour, sondern in vergleichbarer Weise bei der französischen PS, der SPD oder der SPÖ: Für die „neue Sozialdemokratie“ bildet er den ideologischen Kitt eines proeuropäischen Neoliberalismus, der neoliberale Politiken mit dem Versprechen auf sozialdemokratische Politik in der Zukunft vereinbart.

Wiewohl der Signifikant des „sozialen Europas“ auch wichtige progressive Forderungen umfasst (wie sie etwa von Colin Crouch oder Chantal Mouffe vorgebracht werden), tendiert er zumeist dazu, die politökonomischen Kontexte des europäischen Wirtschaftsgefüges auszublenden, die Debatten auf ein rein institutionelles Terrain zu beschränken und die notwendigen Bedingungen für ein „soziales Europa“ (von der politischen über die soziale Union bis hin zur drastischen Anhebung des EU-Haushalts) zu negieren. Er ist damit nicht in der Lage, seine Verwirklichung angemessen zu denken und trägt dazu bei, eine soziale Komponente der EU immer nur als addierbaren Zusatz vorzubringen (anstelle einer Transformation ihrer Fundamente). Die Befreiung aus den Beschränkungen des Diskurses über das ‚soziale Europa‘ ist daher eine notwendige Bedingung für einen Kurswechsel der Sozialdemokratie in Europa. Corbyn scheint dieses Problem zumindest teilweise erkannt zu haben, jedoch boten bisher die innerparteilichen Kämpfe und die Polarisierung um den Brexit nicht unbedingt das beste Umfeld für die Ausarbeitung einer überzeugenden Strategie.

Labours Aufstieg mischt die Karten neu

In der vergangenen Wahlauseinandersetzung ist es Labour auf sensationelle Weise gelungen, das Thema des Brexit als zentralen Gegenstand der Auseinandersetzung zu verschieben. Zumal die konservative Strategie eines harten Kurses gegenüber der EU-Kommission und die vermeintliche Drohung, den Verhandlungstisch auch ohne Vertragsabschluss zu verlassen, außerhalb besonders EU-ablehnender konservativer Kreise nicht auf Begeisterung stieß, erschien Labours Position eines sanften Ausstiegs aus der EU, der die sozialen Folgen für Beschäftigung und EU-BürgerInnen auf britischem Boden in den Vordergrund stellt, zudem als staatstragend und vernünftig. Nicht zuletzt dadurch vollbrachte es Corbyn, das in Medien von Konservativen und von der Labour-Partei reichten aufgebaute Bild, die Partei befände sich auf einem linksradikalen Kurs und ihr Vorsitzender Corbyn wäre ein unwählbarer Eigenbrötler und unverbesserlicher linker Spinner, zu konterkarieren. Darüber hinaus gelang es Labour im Rahmen einer massenmobilisierenden Strategie, populäre umverteilende Politiken, wie sie bereits im Wahlkampf 2015 (jedoch ohne überzeugende wirtschaftspolitische Einbettung) vorgebracht wurden, mit einer gegen die konservative Austeritätspolitik gerichteten Wirtschaftspolitik, die der linke Parteiflügel mühsam gegen die rechte Parlamentsfraktion durchsetzen konnte, zu verbinden und ein Wahlkampfmanifest zu entwickeln, das die wachsenden sozialen Missstände des Landes thematisiert (steigende Lebenskosten, Verschlechterung des Lebensstandards, hohe Ausbildungskosten, Zunahme der ‚working poor‘, steigender Arbeitsdruck, Folgen des Sozialabbaus etc.) und auf Umverteilung, Reverstaatlichung öffentlicher Dienste, Wohnungsbau sowie Beschäftigungsmaßnahmen setzt. Unter dem Slogan „For the many, not the few“ (Labour Party 2017) setzte der Wahlkampf auf eine an der Sanders-Kampagne orientierte Mobilisierung, mit der vielfach am traditionellen Parteiapparat vorbei (dessen vom rechten Flügel kontrollierte Parteizentrale auf eine Niederlage Corbyns hoffte, dementsprechend Corbyn-freundlichen KandidatInnen kaum Ressourcen bereitstellte und im Einklang mit dem konservativen Boulevard täglich die Unwählbarkeit des Parteivorsitzenden betonte) einen Graswurzelwahlkampf bestritt. Gegen Ende des Wahlkampfs sah man Corbyn von einer beeindruckenden Massenveranstaltung zur nächsten touren, die vor allem von Millennials dominiert wurden. Der Wahlausgang und die aufgekommene Begeisterung für die Partei, die in absoluten wie relativen Zahlen ein besseres Ergebnis als Blair 2005 einfahren konnte und mit einer Mitgliedschaft von bald 700.000 eine Stärke wie in den 1970er Jahren aufweist, ist ausschließlich der Kampagnenarbeit der Mitglieder an der Basis und der Corbyn-affinen Parteiorganisation ‚Momentum‘ zu verdanken.

Aus der Wahl geht das Corbyn-Lager eindeutig gestärkt hervor. Dies macht eine rasche Neuauflage des Blairismus in den parteiinternen Machtverhältnissen vorerst unwahrscheinlich, auch wenn die Parteirechte weiterhin darauf hofft, Corbyn aussitzen zu können und seine Führung weiterhin nach Kräften, wenngleich subtiler, sabotiert. Zugleich ist das Lager um May – das über keine parlamentarische Mehrheit für zentrale Anliegen des Wahlprogramms verfügt, auf das (den Frieden in Nordirland gefährdende) Wohlwollen der DUP angewiesen ist, keinen erkennbaren Plan für den Brexit vorweisen kann und damit auf die Verhandlungen mit der EU-Kommission (und zu erwartende Querschüsse aus einzelnen Mitgliedsstaaten) völlig unvorbereitet ist – derart geschwächt und die Regierungsunfähigkeit des Kabinetts derart offensichtlich, dass Corbyns Aufstieg zum Premierminister mittlerweile ein realistisches Szenario darstellt. Corbyns zentrale Wahlforderungen, nämlich die Abkehr von der Austeritätspolitik sowie von einem ‚hard Bre-

xit‘, wurden praktisch über Nacht von den Tories zur Regierungslinie erklärt und nagen an der Autorität der Regierung. Auch wenn die konkreten Leitlinien für einen ‚soft Brexit‘ unter einer Labour-geführten Regierung derzeit unklar bleiben, stünden die Brexit-Verhandlungen unter Labour sicherlich unter einem besseren Stern. Einerseits bietet Corbyns Position, den Status von EU-BürgerInnen im Vereinigten Königreich zu garantieren und nicht zur Verhandlungsmasse zu machen, gute Chancen für eine EU-weite Zustimmung zur zweifelsfrei benötigten Verlängerung der Brexit-Verhandlungen, wodurch dem Vereinigten Königreich bessere Möglichkeiten der Ausarbeitung tragfähigerer Beziehungen zur EU offenstünden. Andererseits setzt die von Labour beworbene nationale ökonomische Strategie nicht wie jene der Tories auf Steuerschonung für transnationales Kapital vor den Toren der EU und die Sicherung der Finanzmärkte, sondern lässt ernsthafte Versuche erkennen, die Ursachen der sozialen und wirtschaftlichen Misere des Landes zu bekämpfen. In den nächsten Jahren wird sich die Zukunft des Vereinigten Königreichs entscheiden. Es scheint so, als ob sie nicht nur von der Frage des Brexit geprägt sein werden, sondern zunehmend auch von der sozialen Frage.

Literatur

- Corbyn, Jeremy (2016): Bleiben – und reformieren! Rede des Vorsitzenden Jeremy Corbyn zum Brexit-Referendum; ZUKUNFT 5/2016, 22–26.
- Goes, Eunice (2016): The Labour Party under Ed Miliband. Trying but failing to renew social democracy, Manchester.
- Labour Party (1988): Report on the annual conference of the Labour Party, London
- Labour Party (2017): For the many, not the few, <http://www.labour.org.uk/page/-/Images/manifesto-2017/Labour%20Manifesto%202017.pdf>, 19.06.2017.
- Seymour, Richard (2016): Corbyn. The Strange Rebirth of Radical Politics, London
- Yougov (2016): How Britain Voted, <https://yougov.co.uk/news/2016/06/27/how-britain-voted/>, 13.04.2017

Anmerkungen

- 1 Während Corbyn Pläne für einen Umbau der Wirtschaft des Landes hegt, die auf der Dominanz der Finanzwirtschaft beruht und daher besonders krisenanfällig ist, wurden diese – auf aktive Industriepolitik und Strategien des von Mariana Mazzucato beworbenen „unternehmerischen Staates“ gestützten – Vorhaben von der Mehrheit der Parlamentsfraktion der Partei mit dem Argument der zu hohen Belastung für das Budget verwässert und hintertrieben. An der Austeritätsverliebtheit der Parlamentsfraktion ist bereits Corbyns Vorgänger Miliband verzweifelt (Goes 2016, 67ff.).
- 2 Die Parlamentsfraktion PLP (Parliamentary Labour Party) beschäftigte sich in den letzten beiden Jahren in erster Linie damit, gegen den seit 2015 amtierenden Vorsitzenden Corbyn einen ihr genehmen rechten Kandidaten durchzusetzen. So initiierte sie u. a. letztes Jahr ein Misstrauensvotum, in dem etwa drei Viertel der PLP-Abgeordneten Corbyn zum Rücktritt aufforderten (ein Ereignis, das von Mitgliedern als „chicken coup“ bezeichnet wird), sowie eine Mitgliederwahl, aus der Corbyn jedoch mit 62% gestärkt hervorging (obwohl der PLP-genehme Gegenkandidat Owen Smith, ein ehemaliger Pharmalobbyist, über für eine Mitgliederwahl ungewöhnlich hohe finanzielle Ressourcen verfügen konnte). Dass der Linke Corbyn bei seiner ersten Wahl 2015 nach dem Abgang von Ed Miliband überhaupt nominiert werden konnte, wird von der PLP als zu korrigierender Unfall bewertet, denn für die Nominierung war eine Zustimmung von 15% der Abgeordneten erforderlich.